

Aktuelle Hauptstadtinfos

Woche vom 05.11. – 09.11.2012



Inhalt

1. Unwürdiger Kuhhandel der Koalition
2. Kostenübernahme für Grundsicherung im Alter und Erwerbsminderung
3. Zwischenstand: Aufklärung der NSU-Mordserie
4. Transparenz von Nebeneinkünften der Bundestagsabgeordneten
5. Rechte von Menschen mit Behinderungen stärken

Unwürdiger Kuhhandel der Koalition

Ein Jahr vor der Bundestagswahl ist diese Regierungskoalition zerstritten wie nie. Vor allem FDP und CSU versuchen marktschreierisch „Ihre“ Themen zu platzieren. Notdürftig hält Merkel die Koalition mit teuren „Geschenken“ zusammen.

„Dieser Koalitionsausschuss war der Offenbarungseid für die Regierung Merkel. Da ist kein Ehrgeiz und kein Ziel“, sagte unser Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier. Die CSU will ihr kontraproduktives Betreuungsgeld durchboxen; die FDP will die Praxisgebühr à la Seehofer kippen –wir unterstützen das-; und die CDU erfindet mal eben die Lebensleistungsrente. Statt zukunftsorientierter und nachhaltiger Politik wird also um ein wildes Sammelsurium von Themen gestritten. Und dies alles nur damit die FDP überlebt, Seehofer und Merkel an der Macht bleiben. Bei den wirklich zukunftsorientierten Fragen zur Energiepolitik gab es dagegen gar keine Entscheidungen. „Ergebnisse“ sollen erst bis März 2013 vorliegen.

Um alle Bedürfnisse zu befriedigen, kratzten die Koalitionäre die letzten finanziellen Mittel zusammen. Nicht nur aus dem Gesundheitsfonds sondern auch aus der Kreditanstalt für Wiederaufbau werden hohe Beträge abgezogen. Angesichts erheblicher konjunktureller Risiken und der nach wie vor ungewissen Lage in der Eurozone ist das unverantwortlich.

Wir finden es falsch, die richtige Abschaffung der Praxisgebühr durch die Einführung eines falschen Betreuungsgeldes zu „erkaufen“. Dieser unwürdige Kuhhandel beim Koalitionsbasar schadet den Menschen in unserem Land und

entlarvt den Zwist der Koalitionäre endgültig. Gute Politik kann bei einem solchen Kuhhandel wohl kaum herauskommen.

FDP-Rösler sagte noch vor kurzem: „Das Modell der Union für ein Betreuungsgeld kostet viel Geld, ist nicht gegenfinanziert und eine Bildungskomponente fehlt völlig.“ Nun hat sich die FDP doch breitschlagen lassen - natürlich nicht ohne Gegenleistung. Das schwarz-gelbe Ränkespiel nagt aber an der Substanz unseres Landes! Das bis zu 2 Milliarden Euro teure Betreuungsgeld geht zu Lasten von Frauen, Bildung und Integration. Zudem fehlen die Mittel beim dringend notwendigen Ausbau von Kita-Plätzen. Auf diese gibt es immerhin einen Rechtsanspruch!

Als Verlierer sehen wir auch die Rentner. Beim wilden Hin- und Herschieben von Haushaltstiteln wurde bei der Rente eine völlig unausgegorene „Leistungsrente“ aus dem Hut gezaubert. "Es ist ein ziemlicher Zynismus zu sagen, wir erfinden eine Leistungsrente für Menschen, die mehr als 30 oder 40 Jahre gearbeitet haben, und die liegt dann nur 10 oder 15 Euro oberhalb der Sozialhilfe", sagte Sigmar Gabriel dazu. Aber wen wundert es, kaum ist der Koalitionsgipfel vorbei, da wackelt die Einigung hier schon wieder. CDU, FDP und CSU interpretieren die Leistungsrente völlig unterschiedlich und die FDP attackiert von der Leyen scharf. Koalitionsfrieden sieht anders aus. Wir sind gespannt, wie lange diese Zwangsehe noch hält.“

Bei den namentlichen Abstimmungen am Freitag haben wir natürlich gegen das Betreuungsgeld und für die Abschaffung der Praxisgebühr gestimmt.

Kostenübernahme für Grundsicherung im Alter und Erwerbsminderung

Der Bund übernimmt Schritt für Schritt immer mehr Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Das es zu dieser für die Kommunen positiven Entwicklung kommt, ist dem Verhandlungsgeschick der SPD-geführten A-Länder im Vermittlungsausschuss des Bundesrates zu verdanken.

Am Donnerstag beschloss der Bundestag den entsprechenden Gesetzentwurf, wonach der Anteil des Bundes an den Ausgaben im kommenden Jahr auf nun 75 Prozent steigen soll. Ab 2014 übernimmt der Bund dann die Kosten vollständig.

Zum Hintergrund: Bereits im laufenden Jahr entlastet der Bund die Kommunen, indem er statt zuvor lediglich 16 Prozent jetzt 45 Prozent der Kosten übernimmt. Durch die weitere Erhöhung des Anteils geht das Bundesarbeitsministerium davon aus, dass die Kommunen in den Jahren 2013 bis 2016 um 18,5 Milliarden Euro entlastet werden können. Im vergangenen Jahr waren 844.030 Menschen in Deutschland oder 1,23 Prozent der über 18-Jährigen auf Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung angewiesen.

Aufklärung der NSU-Mordserie

Die Aufdeckung der schrecklichen Verbrechen der Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) ist ein Jahr her. Die Geschehnisse stellen eine Zäsur in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland dar. Noch immer sind wir von den ungeheuren Verbrechen, die eine blutige Spur unvorstellbarer Mordtaten hinterließen, zutiefst betroffen. Bei uns in Nordhessen, aber auch an vielen anderen Orten Deutschlands, haben die Menschen der Opfer gedacht und gehen gegen braunes Gedankengut auf die Straße. Das ist gut so!

Im Bundestag leistet der Untersuchungsausschuss „Terrorgruppe NSU“ wertvolle Aufklärungsarbeit. Inzwischen ist der Ausschuss zu ersten Ergebnissen gekommen. Sie wurden in dieser Woche debattiert. Quer durch die im Bundestag vertretenen Parteien wird massive Kritik an Kompetenzwirren und Fehleinschätzungen formuliert. **Nach und nach zeigt sich in schockierendem Maße das Versagen der deutschen Sicherheitsbehörden. Lücken- und schonungslose Aufklärung ist nötig, um richtige Konsequenzen ziehen zu können.**

Wir müssen leider feststellen, dass sich auch 12 Monate nach Bekanntwerden der grausamen Neonazi-Mordserie viel zu wenig getan hat. Das ist auch ein Versäumnis von Bundesinnenminister Friedrich. Er hat lediglich die Spitzen verschiedener Sicherheitsbehörden neu mit Vertrauten besetzt, aber keine Strukturen verändert. Er bleibt im Unkonkreten und wankt weiterhin durch die innenpolitischen Themen. Weder ist die Neustrukturierung des Bundesamtes für Verfassungsschutz noch das NPD-Verbotsverfahren voran gekommen. Der Minister zögert und zaudert, wo Tatkraft und Engagement gefordert ist.

Nun ist auch noch herausgekommen, dass wieder Akten des Verfassungsschutzes zu rechtsextremen Vorgängen in Berlin geschreddert wurden. Obwohl der Berliner Innensenator Frank Henkel (CDU) bereits im Oktober hierüber informiert wurde, erfuhr es der NSU-Untersuchungsausschuss erst an diesem Dienstag! Herr Friedrich: wann bekommen Sie endlich ihren Landen in den Griff?

Wir haben unsere Pläne schon lange auf den Tisch gelegt: **Wir möchten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Verfassungsschutzes besser schulen und gegenüber dem Rechtsextremismus stärker sensibilisieren. Und wir möchten eine strengere parlamentarische Kontrolle.**

Transparenz von Nebeneinkünften der Bundestagsabgeordneten



Auf Euro und Cent – so lautet die Kernbotschaft unseres Antrages für volle Transparenz bei den Nebeneinkünften von Mitgliedern des Deutschen Bundestages. Auch Branchen von Auftraggebern sollen nach unseren Vorstellungen veröffentlicht werden, damit die Bürgerinnen und Bürger vollen Einblick in Art und Weise sowie auch den Umfang der Nebentätigkeit haben.

Die Koalitionsparteien mauern weiter. Nachdem wir sie getrieben haben, wollen sie zwar die Regeln verschärfen, aber das geht uns nicht weit genug. Sie wollen ein Zehn-Stufen-Modell einführen, um Zusatzeinkünfte vor allem im fünf- und sechsstelligen Bereich transparenter zu machen als bisher. Nach dieser Regelung werden die Abgeordneten aber auch zukünftig nicht gezwungen, ihre Nebeneinkünfte auf Euro und Cent genau anzugeben. Wir wollen eine Veröffentlichung der Nebeneinkünfte nach Euro und Cent, weil nur damit echte Transparenz hergestellt wird.

Gleiches Recht und gleiche Pflichten für alle! Peer Steinbrück ist mit gutem Beispiel vorangegangen und hat alle Honorare offengelegt. Es kann keine Lex Steinbrück sein! Alle gewählten Mandatsträger des deutschen Parlaments sollten ihre Einkünfte, die sie neben den Diäten beziehen, offenlegen. Handelt es sich um Berufsgeheimnisse, wie dies etwa bei Rechtsanwälten häufig der Fall ist, dann muss zumindest die Branche des Auftraggebers genannt werden, für die der Abgeordnete tätig ist. Nur dann können sich Bürgerinnen und Bürger selber ein Bild machen. Nur so erreichen wir mehr Transparenz und hoffentlich auch wieder mehr Vertrauen in die Parlamentsvertreter und das Parlament. Es geht um die Glaubwürdigkeit von Politik insgesamt!

Bei der namentlichen Abstimmung am Donnerstag haben wir gegen die laschen Regeln der Koalition und für [unseren Antrag „Auf Euro und Cent“](#) gestimmt. Dieser wurde jedoch mit der Stimmenmehrheit von Union und FDP abgelehnt.

Rechte von Menschen mit Behinderungen stärken

Mit [unserem Antrag](#) wollen wir Menschen mit Behinderungen gleichstellen und zwar auf allen gesellschaftlichen Ebenen, schließlich hat Deutschland die UN-Behindertenrechtskonvention bereits 2009 unterzeichnet.

Inklusion geht uns alle an und wir alle können davon profitieren, aber es gibt noch viel zu tun. Menschen mit Behinderungen müssen immer noch zu viele Hürden überwinden. Nicht nur Menschen mit Behinderung, auch ältere Menschen oder Väter und Mütter mit Kinderwagen haben, beispielsweise beim Betreten öffentlicher Gebäude, immer noch Schwierigkeiten, können öffentliche Verkehrsmittel nur eingeschränkt nutzen oder werden vom ersten Arbeitsmarkt ausgegrenzt. Das können und müssen wir ändern!

Konkret heißt das:

- Barrierefreiheit auf allen Ebenen schaffen: Verkehr, Bau, Tourismus, öffentliche Einrichtungen sowie Kommunikation;
- Behinderte Menschen am Arbeitsmarkt besser fördern;
- Inklusive Bildung konsequent umsetzen;
- 80 Prozent der Menschen mit Behinderungen leben übrigens in Entwicklungsländern. Auch ihre Rechte gilt es zu schützen. Daher sollen ihre Belange als Querschnittsaufgabe in der Entwicklungszusammenarbeit verankert sowie in die Millenniumsentwicklungsziele integriert werden.



Wir gratulieren Barack Obama und den Democrats in den USA!

*Dem wiedergewählten Präsidenten der Vereinigten Staaten wünschen wir für seine zweite Amtszeit gutes Gelingen
bei der Bewältigung der Aufgaben,
die vor ihm liegen.*

Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Edgar Franke, Ulrike Gottschalck und Ullrich Meßmer - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

**V.i.S.d.P.:
Edgar Franke, Ulrike Gottschalck, Ullrich Meßmer
Platz der Republik 1, 11011 Berlin**

Artikelbilder: fotolia